



Mit deutscher Schutztechnik ein Leclerc-Panzer im November 2018 in Hudaida im Jemen



Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU)

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist Teil einer demokratisch gewählten Regierung. Manchmal aber geriert er sich wie ein Emir, dem keiner was kann – besonders, wenn es um das heikle Thema der deutschen Waffenlieferungen an arabische Scheichs geht.

Mitte Februar hat das maßgeblich vom *stern* mitgetragene Rechercheprojekt #GermanArms belegt, dass deutsches Militärgerät im Bürgerkriegsland Jemen zu Wasser, zu Lande und in der Luft zum Einsatz kommt. Und dennoch weigert sich Altmaier nach wie vor, diesen Skandal einzuräumen. Es bleibe dabei, verkündete seine Sprecherin brüsk, „dass uns keine Erkenntnisse darüber vorliegen, dass solche deutschen Waffen im Jemen sind“.

Kurz: Der Wirtschaftsminister versucht zu mauern. Dabei gibt es inzwischen sogar konkrete Indizien, dass insbesondere das Militär der Vereinigten Arabischen Emirate schriftliche Zusagen über den Verbleib von Rüstungsgütern verletzt haben könnte. Das betrifft Seitenpanzerungen im Wert von 126 Millionen Euro, die die Burbacher Firma Dynamit Nobel Defence noch ab März 2017 für Kampfpanzer des Typs Leclerc liefern durfte – Technologie, die die Emirate dann offenkundig ab Ende 2017 an der Front im Jemen einsetzten.

Dass das eigentlich gar nicht sein dürfte, konnte man dieser Tage einer Antwort von Altmaiers Staatssekretär Ulrich Nußbaum auf eine Frage der Abgeordneten Sevim Dağdelen von der Linkspartei entnehmen. Sie wollte wissen, ob die Regierung seit Beginn des Jemen-Kriegs Ausfuhren erlaubt hatte, „bei denen ausdrücklich eine mögli-

che Nutzung im Jemen-Krieg beantragt worden war“. Klare Antwort des Staatssekretärs: „Genehmigungen entsprechend der Fragestellung wurden nicht erteilt.“

Dass die Burbacher Schutzsysteme für die Kampfpanzer offiziell nicht für den Jemen vorgesehen waren, legen auch vertrauliche Protokolle aus dem Wirtschaftsausschuss des Bundestages nahe, die dem *stern* und dem ARD-Magazin „Report München“ vorliegen. In dem Ausschuss begründeten Regierungsvertreter neue Rüstungsexporte auch nach Beginn des Jemen-Kriegs im März 2015 immer wieder mit der „Landesverteidigung“ von Saudis und Emiratis – nicht mit einem Einsatz in dem Bürgerkriegsland.

So auch die damalige Parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke (SPD) in einer Sitzung am 26. April 2017. Gerade hatte die Regierung die Ausfuhr der Komponenten für die Leclerc-Kampfpanzer genehmigt. Als Rechtfertigung erwähnte Gleicke, dass die Emiratis „Teil der Anti-IS-Koalition und seit 2004 strategischer Partner Deutschlands“ seien. Einen geplanten Einsatz im Jemen erwähnte Gleicke nicht.

Seit die Rechercheergebnisse von #GermanArms bekannt sind, fordern Experten Reformen. „Man sollte generell in Saudi-Arabien und den Emiraten mehr Kontrollen vor Ort machen und damit den Nachweis erbringen, dass die Endverbleibserklärungen eingehalten werden“, rät der auf Exportgenehmigungen spezialisierte Anwalt Harald Hohmann.

Noch weiter geht der Tübinger Rüstungsexperte Holger Rothbauer. „Die Vereinigten Arabischen Emirate sind kein zuverlässiges Empfängerland“, sagt er. Die Bundesregierung müsse Konsequenzen ziehen und „die gesetzlich vorgeschriebene Zuverlässigkeitsprüfung beginnen“.

Doch dann wäre die Regierung womöglich gezwungen, für die Emiratis – wie jetzt schon für die Saudis – einen Ausfuhrstopp zu verhängen. „Die Große Koalition will auf keinen Fall für eine Endverbleibskontrolle haftbar gemacht werden, die nicht funktioniert“, kommentiert der Grünen-Außenpolitiker Omid Nouripour. „Deshalb machen sie auf Vogel Strauß.“ ✕

Hans-Martin Tillack



So enthüllte der *stern* vor vier Wochen, wie deutsche Waffen im Jemen zum Einsatz kommen

POLITIK

KOPF IM SAND

Im Skandal um deutsches Militärgerät im Jemen-Krieg versucht es die Bundesregierung mit der Methode Vogel Strauß